
FORUM:

Pfade im Globalisierungsdschungel

Claus Noé:
Deutschlands Marsch aus der Zivil
in die Kapitalgesellschaft

Dr. Claus Noé, geb. 1938 in Mannheim, Studium der Ökonomie, Philosophie, des Staatsrechts und der Politischen Wissenschaft in Heidelberg und Mannheim, politischer Redakteur beim Mannheimer Morgen, Ministerialdirigent im Bundeswirtschaftsministerium, bis 1994 Staatsrat in Hamburg, schreibt als freier Publizist u. a. für „Die Zeit“.

Unsere, die europäische Zivilgesellschaft ist durch drei Elemente charakterisiert: durch eine Reihe nicht-staatlicher Institutionen, die ein Gegengewicht zueinander und zum Staat bilden, von einem Pluralismus eben, der stark genug ist, den Staat daran zu hindern, die Gesellschaft zu beherrschen. Von einem Staat, dessen Macht demokratisch legitimiert ist, und der regelmäßig seine Funktion als Friedensstifter und Vermittlungsinstanz zwischen Interessengruppen wahrnehmen kann, insbesondere um zu verhindern, daß wirtschaftliche Interessen die Gesellschaft und deren Werte zu ihrem Markt machen. Diese Verfaßtheit, diese Balance von Staat und Gesellschaft ermöglicht es dem Individuum, dem mündigen Bürger, sich frei von gesellschaftlichen, ideologischen, theologischen Fesseln seine Ziele zu setzen und mit seinen Mitmenschen zu einer Übereinkunft über Werte und Form der Gesellschaftsordnung zu gelangen, die Werte wie Freiheit und Gerechtigkeit institutionell absichert.

Die westeuropäischen und nordamerikanischen Gesellschaften haben nach 1945 die Erfahrung gemacht, daß diese Ordnung der Zivilgesellschaft, kombiniert mit Marktwirtschaft, mit Autonomie der Investoren und Souveränität der Konsumenten bei gegebener wohlfahrtsstaatlicher makroökonomischer Steuerung zu hoher ökonomischer Effizienz mit der Tendenz zu einem nahe an Vollbeschäftigung heranreichenden Beschäftigungsstand führte. Die Abkehr vom Protektionismus, die Öffnung der Märkte der Nationalwirtschaften, international vereinbart im GATT, die „natürliche“ Dominanz des US-Dollar als Währung der weitaus stärksten Nationalwirtschaft im Festkurssystem von Bretton Woods, der schrittweise Übergang der Nationalwirtschaften der ursprünglichen Mitglieder der EWG in den EU-Binnenmarkt mit zusätzlichen Mitgliedern war bis weit in die siebziger Jahre begleitet von stringenter wirtschaftspolitischer Kooperation, anfänglich organisiert in der OEEC, der späteren OECD, und folgte explizit den Zielen: Wachstum, Kohäsion und Demokratie.

Weit verbreitet ist heutzutage der Glaube, daß sich die in den westeuropäischen Gesellschaften über viele Jahre, insbesondere des Kalten Krieges und des scharfen gesellschaftspolitischen Wettbewerbes mit dem sowjetischen Staatssozialismus erreichte Kombination von individueller Freiheit, persönlichem Wohlstand und nationaler Wohlfahrt auf Dauer jedenfalls in jeder Region des Globus ähnlich ergeben werde, wenn es nur gelinge, einen globalen Wettbewerb der Systeme zu organisieren, die Grenzen für Güter und Kapital zu öffnen. Wer mit der erwiesenermaßen effizienten Zivilgesellschaft in Wettbewerb trete, müsse Zivilgesellschaft werden. Wandel durch Handel Sorge dafür, daß mit den Gütern und dem Kapital sozusagen durch die Hintertür individuelle Freiheit, Bürger- und Menschenrechte bei Wohlstand und Wohlfahrt, in jede Gesellschaft - irgendwann jedenfalls - importiert werde. Ist das zwingend? Können sich Zivilgesellschaften guten Mutes, sorglos gar, auf einen globalen Wettbewerb mit Kulturen, Gesellschaftsformen, autokratischen, autoritären Systemen einlassen, ohne befürchten zu müssen, daß in einem solchen Wettbewerb, indem es um nichts als die einzelwirtschaftliche Effizienz der konkurrierenden Standorte geht, Freiheit und Gerechtigkeit in der kultureigenen Form auf der Strecke bleiben? Sind Freiheit und Demokratie, individueller Wohlstand und Wohlfahrt der Zivilgesellschaften, erfahrbare Chancengleichheit bei ungleicher Verteilung von Einkommen und Vermögen, Ergebnis von individuellen Nutzenkalkülen? Oder sind sie möglich geworden durch eine dynamische, immer wieder neu auszu-tarierende Balance zwischen Kooperation auf der einen und Wettbewerb auf der anderen Seite? Selbstverständlich sind sie Ergebnis von Politik. Fehlt die Balance, so ist es auch Politik.

Belegte Erfahrung ist, daß der Staatssozialismus implodierte, weil er weder Freiheit noch Wohlstand für die von ihm beherrschten Menschen zustande brachte. Der Totalitarismus führte in die Knechtschaft. Die ideologisch begründete, totale Kontrolle des Staates, der Partei über die Produktion, über die Wirtschaft hat die Wohlstands- und Wohlfahrtschancen der Industrialisierung, der Arbeitsteilung, der Technologien zunichte gemacht. Auf der anderen Seite: Die Klassiker predigten nicht die Herrschaft der Mächte über die Gesellschaften: Schon Adam Smith erkannte dem Staat eine aktive Rolle in der Schaffung von Institutionen zur gesellschaftlichen Optimierung des Eigennutzes zu. Das Modell Eigennutz pur, Kapitalismus pur hat sich zu keiner Zeit bewährt. Vor der Erfahrung der gemischten Ordnungen der Zivilgesellschaften kommentierte Nobelpreisträger Paul A. Samuelson die kapitalistische Freiheitslyrik seines Nobelpreiskollegen Friedrich August Hayek: „Die These des Liberalen Hayek lautet, daß staatliche Eingriffe in das Marktsystem des ‚Laissez faire‘ zwangsläufig in die politische Knechtschaft führen müssen. Überprüft man aber diese Hypothese an den Fakten, so findet man nichts zu ihrer Bestätigung.“¹

1 Paul A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Band II, Kohl 1975, S. 661.

Mit dem Staatssozialismus steht der Verlierer im Kalten Krieg der Gesellschaftssysteme fest. Wer aber waren die Gewinner? Die Antwort auf diese Frage ist für den ausgerufenen globalen Wettbewerb der Standorte um Finanz- und Investitionskapital „staatenloser Marktkräfte“² von existentieller Bedeutung, so man fragt, worum dieser Wettbewerb gehen soll. Geht es ausschließlich um die jeweils günstigsten Kapitalverwertungsbedingungen von zu Standorten verkümmerten Lebensräumen oder geht es um die ökonomische Effizienz von Gesellschaften, deren oberste Werte Freiheit und Gerechtigkeit, Individualität und Solidarität, Eigenverantwortlichkeit und Kooperation in dem für offene Gesellschaften, für die lebende Verfassung der Zivilgesellschaften charakteristischen Spannungsbogen? Ein solcher Maßstab ist im übrigen kein Imperialismus, weil er nur Normen gelten läßt, „die jeweils die wohlerwogene und ungezwungene Zustimmung aller Betroffenen finden könnten.“³ Wohlerwogen und ungezwungen können Gesellschaften jedoch statt auf individueller Freiheit auf konfuzianischem Familiensinn oder islamischen Tugenden aufbauen und ökonomisch effizienter sein. Dann - vielleicht - stellt sich im Wettbewerb der Kulturen die Frage: Opfern die Europäer die Effizienz der Freiheit oder die Freiheit der Effizienz?

Konservative Restauration gegen die aufgeklärte Marktwirtschaft

Im Wettbewerb der Systeme haben sich bisher nicht nur die westlichen, die europäischen Zivilgesellschaften dem Staatssozialismus als weit überlegen erwiesen, was das Niveau der Güterausstattung und die Freiheit der Bürger angeht, sondern - besonders erschreckend für die Kardinalen des Staatssozialismus - auch viele ostasiatische und südamerikanische Systeme erwiesen sich in Sachen ökonomischer Effizienz als deutlich erfolgreicher, gelegentlich, gemessen an den Wachstumsraten, auch im Vergleich mit den Zivilgesellschaften. Mehr noch: Die „Standortbedingungen“ des Küstenstreifens von China, Malaysia, Singapur, Südkorea, Taiwan und anderen „Reichen der Freiheit“, die zumindest autokratisch beherrscht werden und sich zudem gelegentlich auch noch im Zustand ursprünglicher Kapitalakkumulation befinden, werden uns jetzt schon von Neoliberalen und „konservativ revolutionären“ Ökonomen als Maßstab für wettbewerbsfähige Kapitalverwertung angedient.

„Es ist eine bedauerliche Folge des Zusammenbruchs der marxistischen Umma, daß einige darin fälschlicherweise eine Rechtfertigung für die völlige Unterordnung der Gesellschaft unter den Markt sehen.“⁴ Und, muß man hinzufügen, zur Rechtfertigung ihrer konservativen Restauration an der Legende stricken, Kapitalismus pur habe den Staatssozialismus besiegt. Daran stimmt so gut wie nichts. Der Staatssozialismus ist in sich zusammengebrochen. Er hatte in seinem Herrschaftsbereich gar keinen Wettbewerb mit

2 Helmut Hesse/Horst Keppler, Europa — ein Ganzes?, in: Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, 29.2.1996, 8.3.

3 Jürgen Habermas, Die Moderne - ein unvollendetes Projekt. Leipzig 1990, S. 98.

4 Ernest Gellner, Bedingungen der Freiheit, Stuttgart 1995, S. 178.

dem Kapitalismus zugelassen. Keine der Zivilgesellschaften hätte mit Kapitalismus aus dem Lehrbuch der Neoklassik überlebt. Der Primat der Politik, die Freiheit der Bürger auch und gerade vor wirtschaftlicher Macht zu schützen, war von Walter Euckens Ordoliberalismus unbestritten und Praxis in den Zivilgesellschaften. „Selbstgeschaffenes Recht der Wirtschaft“⁵ galt in Euckens Theorie der Verkehrswirtschaft nichts, vielmehr hatte der Staat die ordnungspolitische Aufgabe, die Märkte rigoros wettbewerblich durch eine stringente Kartellgesetzgebung zu durchlüften und die Entstehung von wirtschaftlicher Macht im Interesse des Preismechanismus oder eben auch im Interesse der Freiheit in der Gesellschaft zu verhindern. Und für Ludwig Erhard war soziale Marktwirtschaft „nicht die freie Marktwirtschaft des liberalistischen Freibeutertums einer vergangenen Ära“.⁶ Nicht die Märkte, das freie Spiel der Marktkräfte herrschte über die Individuen der Zivilgesellschaften, in Westeuropa nicht und nicht in den USA. Die Zivilgesellschaften nutzten den Vorteil kapitalistischer ökonomischer Dynamik, die Steuerung über Marktpreise, die große Effizienz, auf Präferenzen zu reagieren und kooperierten nach außen und organisierten Kooperation nach innen, um den beiden Erzübeln des Kapitalismus - dessen Krisenanfälligkeit und dessen jeder Vorstellung vom gerechten Staat spottenden Verteilungswirkung - entgegenzuwirken. Je näher die westeuropäischen Gesellschaften am Eisernen Vorhang lagen, je anfälliger sie bei starken kommunistischen Parteien für kalte Revolutionen schienen, um so stärker korrigierte der jeweilige Staat die Verteilungswirkungen der Märkte, ohne freilich in den staatssozialistischen Fehler zu verfallen, die Wirtschaft politischer Kontrolle zu unterwerfen. Die Kommunisten gewannen mit ihrer Zusammenbruchs- und Verelendungstheorie keinen Boden. Die „Speerspitzen“ der kommunistischen Internationale hatten - insbesondere dank gewerkschaftlicher Politik - in Zivilgesellschaften keine Chance.

Die Balance der Zivilgesellschaft war erkennbar politische Reaktion auf die kommunistische Bedrohung von innen. Kaum hatte die Sowjetunion 1975 ihre weltrevolutionären Pläne in der KSZE-Schlußakte - mangels Erfolgsaussicht - zurückgestellt, geriet internationale Kooperation schrittweise zum Showgeschäft von Weltwirtschaftsgipfeln.⁷ Statt wie zuvor Währungs-, Zins- und Fiskalpolitik aufeinander abzustimmen und durch Kooperation ein Plus-Summen-Spiel zu erzeugen, setzten die in der G7 eigentlich zu Kooperation versammelten Regierungen und Notenbanken auf merkantilistische Deflationierungs-, Abwertungs-, Einkommensteuer-, Lohnsenkungs- und Sozialabbau-Wettläufe. Die Realzinsen stiegen bei sinkender Kapitalproduktivität weltweit; bewirkten den Druck zur Umverteilung zu Lasten des Konsums und damit die Wachstumsschwäche auf der Nachfrageseite.⁸ Aus dem Plus-Summen-Spiel der Kooperation wurde ein Minus-Summen-Spiel wachsender

5 Walter Eucken, Staatslexikon, Dritter Band, Freiburg 1959, S. 59.

6 Ludwig Erhard, in: Die Zeit, 22/1996, S. 3.

7 Egon Matzner, Die Krise des Wohlfahrtsstaates, Österreichische Akademie der Wissenschaften, Forschungsstelle für Sozioökonomie, Wien 1996, S. 21.

8 Heiner Flaßbeck, unveröffentlichte Manuskripte, DIW, Berlin 1996.

Arbeitslosigkeit weltweit. Lester C. Thurow kommentiert die Politik der US-Notenbank von 1994: „Zehn oder zwanzig Jahre früher hätte das Federal Reserve Board (FED) noch über die möglichen Auswirkungen seiner Entscheidungen auf die freie Welt nachgedacht“; und: „Ohne die Bedrohung durch den Kommunismus brauchte sich das FED jedoch keine Sorgen um ‚(deren)‘ wirtschaftliche Gesundheit zu machen.“⁹ Ohne internationale makroökonomische Kooperation magerten die Wachstumsraten ab. Die zur Bekämpfung der Inflation infolge der Erdölverteuerung des OPEC-Kartells etablierte Hochzinspolitik wurde von den führenden Notenbanken über die Inflationsphase hinaus beibehalten, mit der Folge deflationärer Tendenz. Wesentlich wegen dieser Inflationsbekämpfung ohne Inflation verkümmerte das wirtschaftliche Wachstum. Zudem: Vollbeschäftigung geriet in Zeiten des neoklassischen Paradigmas von der „natürlichen Arbeitslosigkeit“ zur Illusion, die Kapitaleinkünfte stiegen vor und nach Steuern, die realen Arbeits-einkommen sanken vor und nach Steuern. Kooperation, Prosperität und soziale Kohäsion wichen Standortwettbewerb und Austerität, internationale Kooperation gegen die neue Bedrohung, gegen Umweltzerstörung blieb im Beliebigen stecken.

Diesem Marsch der konservativen Restauration gegen aufgeklärte und soziale Marktwirtschaft in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen entspricht eine neoklassische Binnenwirtschaftspolitik der Konfrontation der sozialen Gruppen, die Bündnisse für Arbeit etwa, die binnenwirtschaftliche Parallele zur internationalen Kooperation, für kontraproduktiv hält. Gewerkschaften werden zu schädlichen Koorganisatoren von Lohnkartellen und sind nicht mehr Partner zur makroökonomischen Abstimmung eines optimalen Wachstumspfades. Im globalen Wandel, Globalisierung genannt, werden Begriffe wie Deregulierung und Flexibilisierung von der Neoklassik zweideutig instrumentalisiert. Einerseits gegen Wachstums- und beschäftigungshinderliche, bürokratische Hürden in besitzindividualistischen Anspruchsgesellschaften, andererseits aber als gefällige Formel gegen den Primat der Politik, der der Herrschaft der Märkte über die Gesellschaften im Prozeß der Globalisierung im Wege steht. Viele aufgeklärte, eher linke Politiker sind Opfer dieser Doppeldeutigkeit geworden und werfen beispielsweise die zu hohe Regeldichte für Investoren oder den Strukturwandel behindernde, überkommene Regulierungen in Arbeitsmärkten in den gleichen Topf wie das völlige Fehlen einer international wirksamen Kartellregelung zur Erzwingung von Wettbewerb zwischen staatenlosen Marktkräften, den global players im Finanz- und Industriebereich. Oder sie behandeln legitime und gebotene ordnungspolitische Regeln zur Sicherung natürlicher Ressourcen wie technologieaverse Versuche, biotechnologische Entwicklung zu verhindern.

9 Lester C. Thurow, *Die Zukunft des Kapitalismus*, Düsseldorf/München 1996, S. 321.

Verdrängung demokratisch legitimierter Macht

Wem nutzt die Stigmatisierung von internationaler Kooperation als Einmischung der Politik in die Wirtschaft? „Rasch sinkende Transport- und Kommunikationskosten, der Abbau von Handelsbeschränkungen sowie Deregulierungen im Dienstleistungs- und Kapitalverkehr haben staatenlos gewordene Marktkräfte mit zunehmender Stärke entstehen lassen, für die Landesgrenzen nicht mehr von entscheidender Bedeutung sind.“ Und so bleibt „den nationalen Regierungen vielfach nichts anderes übrig, als sich nicht unwesentlich auf die Bedingungen einzulassen, die das internationale mobile Kapital erfüllt sehen möchte“.¹⁰ Die Zitierten - ein Autor, Helmut Hesse, Landeszentralbankpräsident in Hannover, wird dem konservativen Feld zugeordnet - wollen die Einsicht vermitteln, „daß Änderungen in der politischen Verfassung der Welt unabdingbar geworden sind“.¹¹

Das entscheidende Problem der Zivilgesellschaften im Prozeß der Globalisierung ist nicht die grundsätzlich Wohlstands- und wohlfahrtssteigernde Öffnung der Märkte, sondern die Herrschaft der Finanziers über die demokratisch legitimierten Wertsetzungen der Staaten in Sachen Freiheit und Gerechtigkeit. Der Finanzbereich dominiert Politik und Produktionsbereich der Wirtschaft zugleich. Der neue Souverän, der global disponierende Finanzier, regelmäßig in Gestalt gigantischer Kapitalsammelstellen, bestimmt zunehmend im Standortwettbewerb nach individuellem Nutzenkalkül, welche Freiheits-, Bürger- und Menschenrechte diesem Ziel in welchem Land entgegenstehen. Je länger sich die Regierungen im Standortwettbewerb auf diesem klassischen Feld politischer Kompetenz gegeneinander ausspielen lassen - und restaurative Mehrheiten diesen Standortwettbewerb mit dem Ziel der Herrschaft der Märkte über die Gesellschaften immerzu durch Steuer- und Verteilungskorrekturen anheizen - um so näher gerät die zivilisierte Welt an den Abgrund wirtschaftlicher statt demokratischer Legitimation von politischer Macht.¹² Bonner Regierung und Frankfurter Bundesbank sind in diesem hektischen Ausverkauf des Inventars der Zivilgesellschaft an staatenlose Marktkräfte bestenfalls Treiber und Getriebene zugleich. Betrachtet man deren Strategie genereller Absenkung von Masseneinkommen und Sozialtransfers unter dem Aspekt der erheblichen deutschen Handelsbilanzüberschüsse¹³ und damit insgesamt dokumentierter Wettbewerbsfähigkeit, so gewinnen Stimmen in Washington, Paris und London an Gewicht, die Bonn und Frankfurt als Verweigerer der Kooperation, als Treiber und nicht als Getriebene der Restauration identifizieren. Nimmt man zudem noch in den Blick, daß die Deutschen noch lange Vereinigungslasten zu tragen haben und autokratische Regime, die nicht auf demokratischer Legitimation

10 Hesse/Keppler, S. 3 f.

11 Ebd., S. 5.

12 Vgl. hierzu: Benjamin R. Barber, Coca-Cola und Heiliger Krieg. Wie Kapitalismus und Fundamentalismus Demokratie und Freiheit abschaffen. München/Wien 1996.

13 Vgl.: DIW-Wochenbericht 38/95: Hat Westdeutschland ein Standortproblem; Ifo Schnelldienst 20/96: Sind Löhne und Steuern zu hoch?

füßen, Gerechtigkeit und Freiheit vernachlässigen können, dann ist absehbar, daß deutsche Politik das Dilemma ihrer gesamtwirtschaftlichen, finanz- und gesellschaftspolitischen Gefangenschaft selbst produziert - überwiegend jedenfalls.

Stärken einer international abgestimmten Politik

Als Antwort auf die sich abzeichnende Bestimmung der gesellschaftlichen Bedingungen in den Nationalstaaten durch die von staatenlosen, anarchischen Marktkräften erzwungenen bleibt vernünftigerweise als erste Option nur der Weg zur politischen Union in Europa und darüber hinaus die internationale Kooperation mit den USA und weiteren Partnern, um zunächst die einander aufschaukelnden Umverteilungs-Wettläufe und Deflationierungsübungen um die Gunst des international mobilen Kapitals zu beherrschen. Unverzichtbar ist in diesem Prozeß die staatenübergreifende Organisation von politischen Parteien, Verbänden und Gewerkschaften, um die wegen Freiheit und Gerechtigkeit gebotene Kooperation öffentlich erkennbar zu machen und eine Gegenmacht zum gegenwärtigen Souverän Finanzier zu initiieren.

Andere Optionen, wie die Rückkehr zu Protektionismus und Nationalstaaterei oder die Revitalisierung marxistischer Rezepturen gegen Kapitalismus *pur post mortem Staatssozialismus*, führen weder zu mehr Wohlstand und Wohlfahrt geschweige denn zu mehr Freiheit; gleichwohl sind sie zu befürchten.¹⁴ „In gewissem Sinne stimmt es immer noch, daß wir jetzt alle Sozialisten sind,“¹⁵ faßt der britische Gesellschaftsphilosoph Ernest Gellner die Lehren der Zivilgesellschaft in diesem Jahrhundert zusammen. Sie ist das Modell der Moderne, ihre Werte und Strukturen sind es wert, Blaupause der Gesellschaftspolitik im globalen Wandel zu werden.

14 Paul Krugmann, *The Age of Diminished Expectations*, Cambridge/Mass., 1994, S. 123 ff.

15 Gellner, S. 181.